

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – September 2018

Nachrichten aus den EU-Institutionen.....	1
Trilog zum Vereinbarkeitspaket hat begonnen	1
Europäisches Parlament und Europäischer Rat beschließen Europäisches Solidaritätskorps.....	1
Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss zur digitalen Kluft zwischen den Geschlechtern	1
Europäisches Parlament startet "Diesmal wähle ich" Kampagne.....	1
Europäisches Parlament mit Entschließung gegen Mobbing und sexuelle Belästigung	1
Europäisches Parlament: FEMM mit Resolution für Geschlechtergerechtigkeit im Mehrjährigen Finanzrahmen	2
Europäische Kommission Peer-Review Veranstaltungen in verschiedenen Staaten.....	2
Europäische Kommission: Lage der Union	2
Europäische Kommission: Schulobstprogramm läuft weiter	3
Treffen der Jugendminister/innen und Jugendkonferenz der Europäischen Union.....	3
Europäische Kommission: Bürgerinitiative „Eat original! Unmask your food“ registriert	3
EuGH-Urteil zur Entlassung des Chefarztes einer katholischen Klinik wegen Wiederheirat	3
EuGH-Urteil zur Arbeit von schwangeren Arbeitnehmerinnen zu Nachtstunden	4
Europäischer Rechnungshof untersucht Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen in Europa	4
Europäischer Rechnungshof mit Sonderbericht zu Erasmus +	4
Nachrichten aus den europäischen Staaten	5
Schottland: Gesetzentwurf zum Verbot der Prügelstrafe.....	5
Kroatien: Nationale Kampagne „Jedes Kind braucht eine Familie“ gestartet	5
Dänemark: Start des „1.000-Tage-Programm – ein besserer Start ins Leben“	5
Frankreich: Bericht über die Unterstützung von Kindern mit Behinderung und deren Familien	5
Weitere Nachrichten	5
SDG Watch: Manifest zu den Europawahlen im Mai 2019	5
EuroStat mit Übersicht zur Entwicklung der Nachhaltigkeitsziele in Europa	6
Bündnis zur Zusammenarbeit gegen durch Impfungen vermeidbare Krankheiten.....	6
Eurobarometer-Umfrage zu Erwartungen an die EU	6
Berichte und Studien.....	6
European Social Policy Network (ESPN): Studie zu Langzeitpflege	6
OECD mit neuem Überblick zum Stand der Bildung	7
EuroStat-Jahrbuch der Regionen erschienen.....	7
Studie zu digitalen Kompetenzen.....	7
Bevorstehende Veranstaltungen.....	7

Nachrichten aus den EU-Institutionen

Trilog zum Vereinbarkeitspaket hat begonnen

Nachdem sowohl das Europäische Parlament und seine Ausschüsse als auch der Europäische Rat (siehe [EuropaNews Juni 2018](#) und [Juli 2018](#)) jeweils ihre Positionen zum Vorschlag des sogenannten Vereinbarkeitspakets beschlossen haben, ist nun der sogenannte Trilog gestartet. In diesem Trilog werden die jeweiligen Vorschläge unter Teilnahme der Europäischen Kommission mit dem Ziel diskutiert, sich auf einen gemeinsamen Richtlinienvorschlag zu einigen. Ein erstes Treffen hat nun am 12. September 2018 stattgefunden. Ergebnisse haben sich aus dem Treffen noch nicht ergeben.

Europäisches Parlament und Europäischer Rat beschließen Europäisches Solidaritätskorps

Am 11. bzw. 27. September haben die beiden Organe ihre jeweiligen Beschlüsse zu Europäischen Solidaritätskorps gefasst. Damit steht für die Jahre 2018 bis 2020 ein Budget von 375.600.000 Euro zur Verfügung. Der Beschlüsse der beiden Institutionen galt als sicher. Auf der praktischen Ebene ist der Prozess bereits fortgeschritten, sodass es bereits möglich ist, entsprechende Förderanträge zu stellen (vgl. [EuropaNews Juli 2018](#) und [August 2018](#)). Insbesondere das Parlament betont, dass inhaltlich eine Trennung von ehrenamtlichen und beruflichen Tätigkeiten begrüßt wird, um eine Verdrängung von bezahlten und qualifizierten Arbeitsplätzen durch freiwillige und unbezahlte Arbeit zu verhindern.

- [Weitere Informationen zum Europäischen Solidaritätskorps](#)

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss zur digitalen Kluft zwischen den Geschlechtern

Die Sondierungsstellungnahme betrachtet die digitale Kluft zwischen den Geschlechtern vor allem im Bildungssystem sowie auf dem Arbeitsmarkt. Ziel ist es, die Gründe für die Kluft zu untersuchen und Vorschläge zu erarbeiten, wie die Präsenz von mehr Mädchen und Frauen in den MINT und IKT Fächern gewährleistet sein kann. Außerdem betrachtet die Stellungnahme den Prozess der Digitalisierung und dessen Auswirkung auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei Frauen.

- [Download der Studie](#) 

Europäisches Parlament startet "Diesmal wähle ich" Kampagne

In Vorbereitung auf die Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2019 hat die Europäische Kommission eine Kampagne gestartet, die junge Menschen dazu ermutigen soll, wählen zu gehen. Mit der entsprechenden Website gibt es Informationen zur Wahl und Veranstaltungen im Kontext der Wahl sowie die Möglichkeit, Freunde und Bekannte einzuladen, an der Kampagne teilzunehmen.

- <https://www.diesmalwaehleich.eu/>

Europäisches Parlament mit EntschlieÙung gegen Mobbing und sexuelle Belästigung

Die EntschlieÙung zu „MaÙnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von Mobbing und sexueller Belästigung am Arbeitsplatz, in öffentlichen Räumen und im politischen Leben in der EU“ stellt Forderungen an die Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission. Diese umfassen z.B. nationale Aktionspläne und rechtliche MaÙnahmen gegen Gewalt gegen Frauen, die Erfassung von Daten zu sexueller Diskriminierung und Mobbing sowie MaÙnahmen für den Opferschutz und die Vereinfachung der Zugänglichkeit zu

Hilfsangeboten. Das Parlament weist auf das Übereinkommen von Istanbul zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt hin und ruft die Staaten, die das Übereinkommen noch nicht ratifiziert haben auf, dies zu tun und es uneingeschränkt anzuwenden. Des Weiteren fordert das EP Maßnahmen gegen neu auftretende Formen geschlechtsspezifischer Gewalt wie Belästigung im Internet und das weit verbreitete Auftreten von sexueller Belästigung und anderer Formen des Missbrauchs, vor allem bei Online-Spielen und in den sozialen Medien. Zudem fordert das Parlament auch Maßnahmen in den Bereichen „Gewalt am Arbeitsplatz“, „Lohnungleichheit“ sowie „Gewalt im politischen Leben“. Es unterstreicht zudem die Rolle von Sensibilisierungskampagnen und gleichstellungsorientierter Erziehung.

➤ [Zum vollen Text der Entschließung](#)

Europäisches Parlament: FEMM mit Resolution für Geschlechtergerechtigkeit im Mehrjährigen Finanzrahmen

Der Ausschuss für die Rechte der Frau und Gleichstellung des Europäischen Parlaments (FEMM) hat eine Resolution für mehr Geschlechtergerechtigkeit im Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der EU beschlossen. Die Resolution ermutigt die Kommission, eine eindeutige Benennung von Geschlechtergerechtigkeit im MFR zu etablieren. Die individuellen Budgets müssten eine geschlechtergerechte Objektivität erhalten. Weiterhin sollten adäquate geschlechtergerechte Ziele und Indikatoren, Werkzeuge und Mechanismen sicherstellen, dass es genügend Möglichkeiten zur Förderung eines integrativen, geschlechtergerechten Haushalts gebe. Kommission und Mitgliedstaaten müssten sicherstellen, dass die EU der Wächter über die Rechte und den Schutz verletzlicher Gruppen sei.

Europäische Kommission Peer-Review Veranstaltungen in verschiedenen Staaten

Im Herbst fanden und finden im September und Oktober drei sogenannte „Peer-Review-Veranstaltungen“ zu unterschiedlichen Themen statt, die jeweils von der Europäischen Kommission und dem Gastgeberstaat in Kooperation organisiert werden. Ziel ist jeweils ein Austausch zu den jeweiligen Themen, Abgleich von guten Beispielen und Tipps und Hinweisen. Die Situation des Gaststaates wird jeweils als Ausgangspunkt für die Diskussionen genommen. Im September fanden solche Peer Reviews in Zagreb, Kroatien zum Thema „Inklusion, Gesundheit und Chancen auf dem Arbeitsmarkt für junge Menschen mit Behinderung“ und in Berlin, Deutschland zum Thema „Vereinbarkeit von Langzeitpflege und Beruf“. Am 8. Oktober folgt noch eine Veranstaltung zum Thema „Finanzielle Auswirkungen von Mutter- und Vaterschaftszeiten“ in Prag statt. Derzeit sind lediglich die Dokumente zum Review in Prag online abrufbar.

➤ [Papiere zum Peer-Review am 13.-14. September in Zagreb](#) 

Europäische Kommission: Lage der Union

Am 12. September 2018 hat der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, seine Rede zur Lage der Union gehalten. Darin stellte er seine Prioritäten den Stand seiner im letzten Jahr präsentierten Pläne vor. Er betonte, dass angesichts einer zunehmend instabilen Weltlage Europa souveräner werden müsse, um auf der weltpolitischen Bühne eine Führungsrolle einnehmen zu können. Unter anderem kündigte er Maßnahmen an, um die Europawahlen im Mai 2019 fair, sicher und transparent abzuhalten. In dem Maßnahmenpaket sind unter anderem eine Empfehlung über mehr Transparenz im Internet und besseren Schutz vor Cyberfällen enthalten. Darüber hinaus umfasst das Paket einen Leitfaden zur Anwendung der Datenschutzgrundverordnung. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sollen bereits vorliegende Verordnungen

zum Datenschutzrecht und Maßnahmen zum Aufbau der Cybersicherheit ergänzen, mit dem Ziel, dass die EU weltweit eine Führungsrolle im Bereich der Cybersicherheit übernehmen könne.

Europäische Kommission: Schulobstprogramm läuft weiter

Mit dem Schulbeginn wird auch das EU-Programm zu Schulobst-, -gemüse- und -milch fortgesetzt. In Deutschland nehmen an dem freiwilligen Programm 15 Bundesländer teil (Hamburg nimmt nicht teil). Ziel des Programms ist es, ein gesundes Essverhalten bei Kindern zu fördern. Neben dem Schulobst beinhaltet es Bildungsprogramme, um den Schülerinnen und Schülern die Bedeutung einer gesunden Ernährung zu vermitteln und ein Verständnis für eine gesunde Ernährung zu schaffen.

Treffen der Jugendminister/innen und Jugendkonferenz der Europäischen Union

In Wien fanden vom 2. – 4. September die Treffen der europäischen Jugendminister/innen und die Europäische Jugendkonferenz statt. Thematisiert wurden die zentralen jugendpolitischen Vorhaben der Union, wobei die Erneuerung von Erasmus, das Europäische Solidaritätskorps, sowie die neue EU-Jugendstrategie und die „Youth Goals“ im Zentrum standen. Im Rahmen der EU-Jugendkonferenz kamen mehr als 240 Jugenddelegierte aus insgesamt 35 Ländern zusammen. Die Jugendkonferenz war erstmalig so ausgelegt, dass sich Jugenddelegierte aktiv mit politischen EntscheidungsträgerInnen austauschen konnten. Auch hier standen die sogenannten Youth Goals im Vordergrund. Die insgesamt 11 Youth Goals wurden in den letzten Monaten von rund 50.000 Menschen erarbeitet und fassen zusammen, was junge Menschen von der Politik erwarten. In den Diskussionen der Jugendkonferenz wurden sie konkretisiert und Aktivitäten für deren Umsetzung geplant.

Europäische Kommission: Bürgerinitiative „Eat original! Unmask your food“ registriert

Die Bürgerinitiative „Eat original! Unmask your food“ will Ursprungserklärungen für alle Lebensmittel verbindlich machen. Damit soll Betrug verhindert, die Gesundheit der Bevölkerung geschützt und das Recht der Verbraucher/innen auf Information garantiert werden. Mit der Registrierung bestätigt die Kommission die rechtliche Zulässigkeit der Initiativen, ohne deren Inhalt zu prüfen. Die Organisatoren haben nach der Registrierung ein Jahr Zeit, Unterschriften zur Unterstützung ihres Vorschlags zu sammeln.

EuGH-Urteil zur Entlassung des Chefarztes einer katholischen Klinik wegen Wiederheirat

Der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) hat am 11.09.2018 entschieden, dass es sich um eine verbotene Diskriminierung wegen der Religion handeln kann, wenn eine katholische Klinik einem Chefarzt kündigt, weil dieser nach seiner Scheidung erneut geheiratet hat. Dem betroffenen Arzt war gekündigt worden, nachdem der Krankenhausträger von der Wiederheirat erfahren hatte. Begründet wurde dies damit, dass der Ausgangskläger erheblich gegen seine dienstvertraglichen Loyalitätsobliegenheiten verstoßen habe, indem er eine nach kanonischem Recht ungültige Ehe eingegangen sei. Der Gekündigte klagte gegen die Kündigung und verwies auf eine Verletzung des Gleichbehandlungsgrundsatz, da die Wiederheirat eines evangelischen oder konfessionslosen Chefarztes der Abteilung keine Folgen für dessen Arbeitsverhältnis mit der Klinik gehabt hätte. Nachdem der Arzt vor den Instanzen Erfolg hatte, hob das Bundesverfassungsgericht das Urteil des Bundesarbeitsgerichts jedoch auf und verwies die Sache zurück. Der EuGH urteilte nun, dass bei konfessionsabhängig unterschiedlichen Anforderungen eine gerichtliche Überprüfung möglich sein müsse. Dabei müsse sichergestellt sein, dass die Religion oder die Weltanschauung im Hinblick auf die Art der betreffenden beruflichen Tätigkeiten oder die Umstände ihrer Ausübung eine wesentliche, rechtmäßige

und gerechtfertigte berufliche Anforderung angesichts des fraglichen Ethos ist. Der EuGH ist nun der Auffassung, dass das katholische Eheverständnis keine wesentliche, rechtmäßige und gerechtfertigte Anforderung an die Tätigkeit eines Chefarztes zu sein scheint. Jedoch müsse dies im Einzelfall das Bundesarbeitsgericht prüfen.

- [Zum vollständigen Text des Urteils](#)

EuGH-Urteil zur Arbeit von schwangeren Arbeitnehmerinnen zu Nachtstunden

Im Detail beschäftigte sich der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) mit der Frage, ob eine Nachtarbeit auch dann vorliegt, wenn die Nachtarbeit mit Schichtarbeit kombiniert wird, also nur ein Teil der Arbeitszeit in der Nacht liegt. Der EuGH bejahte dies in seiner Entscheidung vom 19. September, sodass schwangere Arbeitnehmerinnen, Wöchnerinnen und stillende Arbeitnehmerinnen auch in diesen Fällen unter jenen besonderen Schutz fallen, die gegen die Risiken von die Nachtarbeit vorgesehen sind.

- [Zum vollständigen Text des Urteils](#)

Europäischer Rechnungshof untersucht Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen in Europa

Der Europäische Rechnungshof hat mit einer Prüfung des Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (EHAP) begonnen. Ziel des Fonds ist es, die am stärksten benachteiligten Personen in der EU darin zu unterstützen, der Armut zu entkommen und ihre soziale Eingliederung zu fördern, zum einen durch materielle Unterstützung und Nahrungsmittelhilfe und zum anderen durch spezielle Beratung und Maßnahmen zur sozialen Inklusion. Im Rahmen der Prüfung werden nun zum einen die Rahmenbedingungen des EHAP bewertet und zum anderen die Wirksamkeit vor allem dahingehend untersucht, ob die Programme die am stärksten benachteiligten Personen erreichen. Der Rechnungshof hat zu dem Vorgang am 30. August ein sogenanntes Hintergrundpapier veröffentlicht, das Informationen liefert, die bei der Vorbereitungsarbeit zusammengestellt wurden. Der Prüfungsbericht wird voraussichtlich im ersten Halbjahr 2019 veröffentlicht.

Europäischer Rechnungshof mit Sonderbericht zu Erasmus +

Im Rahmen eines Sonderberichts hat der Europäische Rechnungshof die Leistung und den Mehrwert der im Rahmen von Erasmus+ erreichten Mobilität untersucht. Laut Rechnungshof sei Erasmus+ ein erfolgreiches europäisches Vorzeigeprodukt, bei dem jedoch eine bessere Leistungsmessung erforderlich sei. Es werde Mehrwert in zahlreichen Formen geschaffen und wirke sich positiv auf die Einstellung der Teilnehmer/innen zur EU aus. Verbesserungswürdig seien die Abstimmung der Indikatoren zur Messung der Programmleistung mit den Zielen sowie die Verfahren zur Antragstellung und Berichterstattung, die zu komplex seien. Schließlich wird ausdrücklich empfohlen, Schülerinnen und Schüler in die Erasmus+-Mobilität aufzunehmen. Mit den Anmerkungen werden jene Kritikpunkte bestätigt, die auch die der Mid-Term-Evaluierung ergeben und deren Behebung die Kommission für das Nachfolgeprogramm im Zeitraum 2021 - 2027 angekündigt hat.

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Schottland: Gesetzentwurf zum Verbot der Prügelstrafe

In Schottland wurde ein Gesetzentwurf auf den parlamentarischen Weg gebracht, das Erwachsenen das Schlagen von Kindern verbieten soll (sog. Children Equal Protection from Assault bill). Derzeit ist die Prügelstrafe noch erlaubt, wenn „sachlich gerechtfertigte Gründe“ vorliegen. Der Vorschlag findet eine breite Unterstützung über Parteigrenzen hinweg sowie von diversen Organisationen, die sich an einer Konsultation zum Gesetzentwurf beteiligt haben. Schottland wäre das erste Land innerhalb Großbritanniens mit einer solchen Gesetzesänderung.

➤ [Download des Gesetzentwurfs](#)  

Kroatien: Nationale Kampagne „Jedes Kind braucht eine Familie“ gestartet

In Kooperation mit UNICEF hat die Kroatische Regierung die nationale Kampagne mit dem Ziel gestartet, Pflegefamilien zu unterstützen und die Bereitschaft, Pflegekinder aufzunehmen, zu erhöhen. Vor allem die Bedarfe von jungen Kindern stehen im Vordergrund der Kampagne.

Dänemark: Start des „1.000-Tage-Programm – ein besserer Start ins Leben“

Ca. 134 Mio. Euro investiert die dänische Regierung in das Programm, das sich der Unterstützung der ersten 1.000 Tage von Kindern in gefährdeten Familien widmet. Mit dem Programm sollen vor allem besser qualifizierte Erzieher/innen und Betreuer/innen angeworben werden, die mit den Kindern und deren Familien arbeiten.

Frankreich: Bericht über die Unterstützung von Kindern mit Behinderung und deren Familien

Der Kinderbeirat Frankreichs hat einen Bericht herausgegeben, in dem die Situation von Kindern mit Behinderung bis zu einem Alter von sechs Jahren beschrieben wird. Der Bericht erhält zusätzlich Empfehlungen zu verbesserten Angeboten der Kinderbetreuung, zur finanziellen Unterstützung und einem Recht auf den Antrag auf flexible Arbeitszeit für Eltern mit Kindern mit Behinderung.

➤ [Download des Berichts](#)  

Weitere Nachrichten

SDG Watch: Manifest zu den Europawahlen im Mai 2019

Die interdisziplinäre Allianz zur Beobachtung der Entwicklung der globalen Nachhaltigkeitsziele in Europa (SDG Watch Europe) hat am 25. September ein gemeinsames Manifest veröffentlicht. Das Manifest für eine nachhaltige Entwicklung, das insbesondere auf die Europawahlen fokussiert, beinhaltet 12 Prinzipien, so z.B. für mehr Humanität, einen besseren Klimaschutz, faire Steuersysteme, menschengerechte Asylsysteme, ein soziales Europa u.a.

➤ [Download des Manifests](#)  

EuroStat mit Übersicht zur Entwicklung der Nachhaltigkeitsziele in Europa

EuroStat liefert ein neues Onlinetool „SDGs & me“, das einen Überblick über die Erreichung der einzelnen globalen Nachhaltigkeitsziele (SDG) sowohl europaweit als auch in den Einzelstaaten gibt. Ebenfalls ist es möglich, die jeweiligen Staaten untereinander zu vergleichen. Der Überblick baut auf den 17 Nachhaltigkeitszielen auf und beinhaltet ebenso das Indikatorenset von etwa 100 Indikatoren.

- [Zum Online-Tool von EuroStat](#) 

Bündnis zur Zusammenarbeit gegen durch Impfungen vermeidbare Krankheiten

Die Bekämpfung von Krankheiten, die durch Impfungen vermieden werden könnten, ist Ziel eines Bündnisses, das sich Anfang September erstmalig getroffen hat. Mitglieder sind diverse Staaten, überwiegend aus der EU, die Europäische Kommission sowie weitere internationale Organisationen wie WHO und OECD, und einige Einzelpersonen. Das Bündnis stellt fest, dass es weltweit ein schwindendes Vertrauen in Impfungen gebe, das Anlass zur Besorgnis sei und eine große Herausforderung für Fachleute im Bereich des öffentlichen Gesundheitswesens darstelle. Grundlegendes Ziel sei es daher, die Impfdichte in der EU zu erhöhen. Innerhalb der EU fällt die Impfpolitik in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten, sie werden jedoch durch die Europäische Kommission in der Koordination von Strategien und Programme unterstützt. Das Bündnis startet mit einem Gesamtbudget von 5,8 Mio. Euro für die kommenden drei Jahre.

Eurobarometer-Umfrage zu Erwartungen an die EU






Am 17. September veröffentlichte Eurobarometer den zweiten Teil der seit 2016 regelmäßigen Umfrage zu den Erwartungen und Wahrnehmungen der EU-Bevölkerung zu 15 Politikfeldern der EU. In den Ergebnissen wird geschlussfolgert, dass die Bürger/innen fordern, dass die EU in den meisten Bereichen stärker tätig sein solle. Terrorismus, Arbeitslosigkeit und der Schutz der Umwelt seien die drei Politikfelder, in denen am stärksten ein verstärktes Handeln gewünscht würde. Für die Befragten aus Deutschland seien der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, der Schutz der Umwelt und die Verbreitung von Frieden und Demokratie die wichtigsten Zukunftsthemen.

- [Zu den Ergebnissen der Umfrage](#)

Berichte und Studien

European Social Policy Network (ESPN): Studie zu Langzeitpflege

Die Studie “European Social Policy Network (ESPN) “Challenges in long-term care in Europe - A study of national policies 2018” betrachtet die nationalen Regelungen von 35 Europäischen Staaten zu Langzeitpflege-Arrangements von über 65-Jährigen. Vier Hauptherausforderungen werden untersucht: Zugänge zu und Angemessenheit von Pflegeleistungen, die Qualität von Unterstützungsleistungen in ambulanter und stationärer Pflege, die Beschäftigung von informellen Pflegepersonen sowie die finanzielle Stabilität von Langzeitpflegesystemen. Der Bericht schließt mit Handlungsempfehlungen zu diesen Herausforderungen.

- [Download der Gesamtstudie](#)  
- [Zur Studie über Deutschland](#)  
- [Zu allen 35 Einzelstudien](#) 

OECD mit neuem Überblick zum Stand der Bildung

Die Studie „Bildung auf einen Blick: OECD-Indikatoren 2018“ vergleicht den Stand der Bildung. Sie enthält Daten zum Aufbau, zur Finanzierung und zur Leistung der Bildungssysteme in den 36 OECD-Ländern und einer Reihe von Partnerländern. Wichtige Ergebnisse sind, dass es nach wie vor mehr Anstrengungen brauche, um die Chancengleichheit in der Bildung zu erhöhen, da die familiäre Herkunft weiterhin der wichtigste Faktor für die Teilhabe an Bildung sei. Auch für Deutschland liefert die Untersuchung genaue Daten.

- [Vollständiger OECD Bericht 2018](#)
- [Daten und Schlussfolgerungen zu Deutschland](#) 

EuroStat-Jahrbuch der Regionen erschienen

Am 13. Sept. ist das aktuelle In dem Eurostat-Jahrbuch der Regionen erschienen, in dem die Regionen der EU untereinander verglichen werden. Insgesamt werden 276 europäischen Regionen in den Bereichen Regionalpolitik, Gesundheit, allgemeine und berufliche Bildung, Arbeitsmarkt, Wirtschaft, strukturelle Unternehmensstatistiken, Forschung und Innovation, digitale Wirtschaft und Gesellschaft, Tourismus, Verkehr und Landwirtschaft verglichen. Die die deutschen Regionen schneiden sehr unterschiedlich ab.

- [Zum Jahrbuch](#)

Studie zu digitalen Kompetenzen

Das Europäische Parlament hat eine Studie, die digitale Kompetenzen im Hinblick auf adäquate EU-Politiken analysiert. Sie bezieht sich dabei auf den „Digital Education Action Plan“, der zum Ziel hat, Bildung und Bildungssysteme besser auf Innovation und digitale Technologien auszurichten. Mithilfe von Politikanalysen und Aufarbeitung von Fachliteratur weist die Studie auf ausbaufähige Kompetenzfelder hin, die nicht im Action Plan und bereits existierenden EU-Strategien behandelt werden. Als Probleme werden eine schwache Verbindungsqualität, vor allem in ländlichen Gebieten, der Mangel an kompetenten Lehrer/innen im Bereich Digitales sowie nicht ausreichend ausgestattete Bildungseinrichtungen benannt.

[Download der Studie](#)  

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum/ Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
4.-5. Okt. 2018 Graz, Österreich	Building sustainable and future-proof education systems: How can families contribute to a paradigm shift?	COFACE Families Europe, KFÖ
4.-5. Okt. 2018 Barcelona, Spanien	Technology and Digitalization in Social Care: The impact on Education, Employment and Independent Living	European Association of Service Providers for Persons with Disabilities (EASPD)
5. Oktober 2018 Amsterdam, Niederlande	The European Pillar of Social Rights: Ambiguities, Possibilities, Implementation	Amsterdam Centre for European Studies (ACES)

24. Okt. 2018 Brüssel, Belgien	Protecting Migrant Children and Unaccompanied Minors in the EU: Developing a Co-ordinated Approach to the Emerging Crisis	Public Policy Exchange
29.-31. Okt. 2018 Opatija, Kroatien	Building a better Europe with children: All aboard!	Eurochild
30. Okt. 2018 Brüssel, Belgien	Tackling Childhood Obesity in the EU: Halting the Rise through Prevention and Closer Collaboration	Public Policy Exchange
7. Nov. 2018 London, England	10th Annual Young People's Sexual Health and Well Being Symposium: Delivering Effective and Inclusive PSHE and SRE	Public Policy Exchange
8. Nov. 2018 Berlin, Deutschland	Abschlussveranstaltung: Umsetzung der EU-Jugendstrategie in Deutschland	DJI, JUGEND für Europa, BMFSFJ
22. Nov. 2018 Brüssel, Belgien	Tackling Violence against Women and Girls in the EU: Educating, Empowering, Protecting and Prosecuting	Public Policy Exchange
22.-23. Nov. 2018 Brüssel, Belgien	Economics at the service of society	COFACE Families Europe
22.-23. Nov. 2018 Strasburg, Frankreich	4th International Conference on Shared Parenting (ICSP)	Office of the Secretary General of the Council of Europe
29.-30. Nov. 2018, Lissabon, Portugal	Building Social Europe	Social Platform

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und ist in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin · Tel.: + 49 (0) 30 2902825-78
E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: <http://ag-familie.de>
Redaktion: Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom

